Ruf nach mehr Ferien für Lehrlinge

Dieser Weg führt in die leistungslose Gesellschaft

Neue Zürcher Zeitung, 18.6.2025

SEBASTIAN BRIELLMANN

Eines muss man den Gewerkschaften und den linken Parteien (in diesem Fall sind es ihre Jugendabteilungen) lassen: Sie verpassen keine Gelegenheit, ihrer liebsten Tätigkeit nachzugehen. Sie fordern – und das zunehmend schamlos – immer mehr Geld vom Staat. Also vom Steuerzahler (was nur erwähnt wird, wenn es gegen die Reichen geht). Oft werden diese Begehrlichkeiten verknüpft mit der Idee von mehr Entlastung für den normalen Bürger, was natürlich wieder viel Geld kostet.

Die neuste und wiederkehrende Forderung ist erst wenige Tage alt: mehr Ferien für Lehrlinge. Acht Wochen statt wie bisher nur fünf sollen es sein. Kein Wort dazu, wie das finanziert werden soll – die Betriebe profitierten sowieso schon von Lehrlingen. Das reiht sich wunderbar ein in den Wust von Wünschen, die in letzter Zeit geäussert worden sind: mehr Elternzeit, mehr Mutterschaftsurlaub, mehr Vaterschaftsurlaub, eine Viertagewoche, mehr Kita-Vergünstigungen, mehr Abgaben für die AHV. Wer muss diese Anspruchshaltung am Ende wohl bezahlen? Vielleicht doch jener Bürger, der angeblich entlastet wird?

Aus ökonomischer Sicht mag die Acht-Wochen-Ferien-Forderung im Vergleich zu den anderen sozialistisch anmutenden Sehnsüchten vernachlässigbar

sein – kess ist der Appell jedoch deshalb, weil sich die Linke nun als Retterin der Berufslehre aufspielt und deren Wichtigkeit betont. Im akademischen Elfenbeinturm hört man von einem kaufmännischen Lehrling wohl nur in einem Pro-Specie-Rara-Seminar.

Ja, es gibt eine neue Studie, die feststellt, dass über die Hälfte der Lehrlinge nach eigenen Angaben an psychischen Problemen leiden. Aber daraus abzuleiten, dass diese mit drei Wochen mehr Freizeit pro Jahr verschwänden, weil dann genügend Erholung da wäre: Dafür gibt es keinen Beleg. Denn auch die Studienautoren verweisen darauf, dass es keinen Beweis gebe, dass die Lehre für die psychischen Probleme verantwortlich sei. Manche entstünden durchaus am Berufsort – aber ob die Leiden sonst nicht auch da wären, ist unklar. Auch wird nicht deutlich, was mit psychischen Problemen gemeint ist. Die Pubertät ist eine Zeit, in der man sich hin und wieder nicht gut fühlt. Es handelt sich also nur zu einem kleinen Teil um schwere psychische Erkrankungen, die man zweifellos ernst nehmen muss.

Das belegt auch die Tatsache, dass die meisten Auszubildenden sehr zufrieden sind: 75 Prozent geht es «eher gut» bis «sehr gut» in ihrer Lehre. 85 Prozent sind stolz auf ihren Lehrbetrieb, und gut 90 Prozent sind der Überzeugung, etwas Sinnhaftes zu leisten. Mehr als 90 Prozent geben auch an, seit der Lehre ver-

antwortungsbewusster zu sein. Das sind die entscheidenden Faktoren, die den Wert einer Lehre unter Beweis stellen. Und weshalb das duale Bildungssystem zu Recht als Königsweg gilt, das weltweit bewundert wird. Es ist ein volkswirtschaftlicher Vorteil, dass sich rund die Hälfte aller in der Schweiz lebenden jungen Menschen für diesen Weg entscheidet.

Damit das so bleibt, muss die Berufslehre attraktiv bleiben. Dass das mit ein paar Tagen mehr Freizeit zu machen ist, ist ein Irrglaube. Das heisst nicht, dass die Unternehmen sich nicht gut überlegen müssen, wie sie die Vorzüge der Lehre an die Jugend bringen. Möchte ein Betrieb mehr Ferien geben, soll das möglich sein. Aber ohne Zwang. Vielmehr wird es darum gehen, dass die Sinnhaftigkeit der Arbeit bestehen bleibt. Und über kreative, individuelle Fringe-Benefits lässt sich immer diskutieren. Aber diese müssen finanzierbar sein. Es kann nicht sein, dass nur die Grossen Zusatzferien anbieten, während sich das ein kleiner Handwerksbetrieb, der sich die Mühe macht, noch Lehrlinge auszubilden, gar nicht leisten kann. Dieses Bewusstsein hilft schon genug.

Was sicher nicht hilft: die Gestaltung der Berufslehre den Linken zu überlassen, die – wie etwa der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth – glauben, dass der Wecker der Arbeiter um 8 Uhr klingelt. Und dass mit möglichst viel Freizeit der Wohlstand erhalten bliebe.

Es kann nicht sein, dass nur die Grossen Zusatzferien anbieten, während sich das ein kleiner Handwerksbetrieb, gar nicht leisten kann.